

50 Jahre Montan-Mitbestimmung: Mitgestalten - Mitbewegen - Mitbestimmen



Dieter Schulte: Ansprache

Dieter Schulte, geb. 1940 in Duisburg, ist seit 1994 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen!

„Nicht der Wille zur Macht hat die Gewerkschaften, wie man ihnen böswillig unterstellt bestimmt, eine gleichberechtigte Stellung für die Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu fordern, sondern vor allem die Erkenntnis, dass der politischen Demokratie, soll sie nicht ein weiteres Mal zum Nachteil des Volkes und der ganzen Welt missbraucht werden, die wirtschaftliche Demokratie zur Seite gestellt werden muss. Daneben beseelt die arbeitenden Schichten der ernste Wille, dem Kapital mindestens gleichgestellt zu werden. Denn die Arbeitskraft ist die Quelle allen Wohlstandes in der Welt Sie allein vermag Kapital zu erzeugen, und sie ganz allein muss es beleben, um es überhaupt wirksam werden zu lassen.“

Mit diesen Worten erläuterte Hans Böckler am 30. Januar 1951 den Abschluss der Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Bundesregierung über die Montan-Mitbestimmung, genauer gesagt: das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie.

Wir erinnern uns heute dieses historischen Moments. Wir blicken zurück auf ein halbes Jahrhundert der Praxis und damit auch der Bewährung dieses Gesetzes. Und wir schauen nach vorn: in die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie, auf die Herausforderungen industrieller und ökonomischer Entwicklungen, auf Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Mitgestaltung und der Mitentscheidung.

1945, in der berühmten Stunde Null, die in Wirklichkeit, wie wir alle wissen, keine war, herrschte jedenfalls historische Klarheit und gesellschaftliche Übereinstimmung: Der Anteil gerade der Schwerindustrie an Ruhr und Rhein am Aufstieg und am Herrschaftssystem des Nationalsozialismus war so unübersehbar, dass sie eigentlich in den Besitz der Allgemeinheit, in Gemeineigentum, hätte überführt werden müssen. Und Sie hören recht: Eine solche Sozialisierung wurde auch von der CDU programmatisch gefordert

Sechs Jahre später, im Jahre 1951, war die Montan-Mitbestimmung der Teil dieser Maximalforderung, der dann noch durchgesetzt werden konnte. Sie würdigte jene unschätzbare Aufbauleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerade hier an der Ruhr, etwa in Bergwerken wie diesem hier.

Wir haben uns heute also an der richtigen Stelle zusammengefunden, an einem Ort mit großer Vergangenheit, mit faszinierender Gegenwart und hoffentlich auch mit einer ebensolchen Zukunft.

Hier - wie überall im Ruhrgebiet und in anderen industriellen Zentren - machten sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 1945 wie selbstverständlich an den Wiederaufbau. Sie räumten Schutt und Trümmer weg, sie brachten übrig gebliebene Anlagen wieder in Gang, sie bauten aus Überresten neue Fabriken. Betriebsräte kümmerten sich nicht nur um Leitung und Verwaltung der Betriebe, sondern auch um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung und mit Wohnungen. Und oft genug entfernten Belegschaften und Betriebsräte gemeinsam Nazi-Größen aus den Unternehmen, und oft genug setzten sie sich gemeinsam gegen geplante Demontagen zur Wehr.

Es ist ein großes und wichtiges, wenn auch nur kurzes Kapitel in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Und es ist und bleibt ein Ruhmesblatt für die Arbeiter- und die Gewerkschaftsbewegung. Alles, was folgte, an Aufstieg, an Wohlstand, an Stabilität und an Erfolg, wäre ohne diese Leistung nicht möglich gewesen.

Es tut gut, nach 50 Jahren daran zu erinnern und zurückzudenken, und ich bin dankbar, so viele Freunde und Weggefährten dieses weltweit einzigartigen Mitbestimmungsmodells hier in Essen willkommen heißen zu können.

An erster Stelle begrüße ich unseren Bundespräsidenten Johannes Rau. Johannes Rau ist nicht unbedingt ein Kind des Ruhrgebiets. Er stammt aus jenem Tal der Wupper, wo die Industrialisierung schon viel früher eingesetzt hatte, wo die Arbeiterbewegung schon existierte, als es im Ruhrgebiet noch keine Zeche gab, und wo ein Menschenschlag zu Hause ist, von dem man sagt, er könne durchaus eigenwillig und stur, er würde aber immer verlässlich sein.

Johannes Rau ist durch sein politisches Wirken aufs engste mit der Montan-Mitbestimmung verbunden, und er hat sich sofort bereit erklärt, an diesem besonderen Tage zu uns zu sprechen. Lieber Johannes Rau, sei uns herzlich willkommen!

Ich begrüße den Minister für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Harald Schartau, und unsere Kollegin Regina Görner aus dem Saarland, recht herzlich. Seid uns willkommen!

Beide haben einen engen Bezug zur Mitbestimmung. Darum wissen sie auch aus persönlicher Erfahrung, worüber sie heute mit uns sprechen können.

Ein wohl wollender Begleiter der Mitbestimmung ist das Bundesarbeitsgericht. Darum begrüße ich sehr herzlich seinen Präsidenten, Herrn Wißmann. Seien Sie uns willkommen!

1951 haben die Bergleute und die Stahlarbeiter durch ihre Bereitschaft zum Streik die Montan-Mitbestimmung erfolgreich verteidigt. Ich begrüße Klaus Zwickel, den ersten Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, und Hubertus Schmoldt, den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, recht herzlich.

Mitbestimmung, das wissen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das wissen auch die Anwesenden hier im Saal, Mitbestimmung lebt von denen, die sie tagtäglich anwenden. Ich freue mich, die Betriebsräte, aber auch die Mitglieder der Aufsichtsräte, die Vertreter der Gewerkschaften, hier begrüßen zu können. Seid uns recht herzlich willkommen!

Einen möchte ich besonders nennen: Unser Kumpel Hermann Neuhaus hat vor genau 50 Jahren, als das Gesetz zur Montan-Mitbestimmung in Kraft trat, als Lehrling auf der Zeche Zollverein angefangen. Bis zu ihrer Schließung im Dezember 1986 hat er hier gearbeitet. Heute gehört er zur „Geschichtswerkstatt Zeche Zollverein“. Herzlich willkommen!

Das Gesetz gibt Mitbestimmung aber nicht nur in den Aufsichtsräten, sondern auch in den Vorständen. Stellvertretend für alle Arbeitsdirektoren begrüße ich Willi Beermann und Rolf Reppel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Alle Betriebs- und Unternehmenspraktiker zeichnen sich besonders dadurch aus, dass sie das Gesetz zwar kennen, aber nicht immer unter dem Arm tragen. Mit dieser Feier wollen wir vor allem euch Danksagen.

Mein Dank gilt natürlich auch der Hans-Böckler-Stiftung, dem Förderkreis der Stiftung und den Unternehmen, die diesen Tag ermöglichen und ihn auch mit vielen Aktivitäten gestalten.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! Die Montan-Mitbestimmung hat sich in vielfältiger Weise bestätigt. Sie hat den Strukturwandel der Montanregionen sozial gestaltet und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit des Bergbaus und der Stahlindustrie gefördert. Und sie hat schon frühzeitig dazu beigetragen, Arbeit und Umwelt miteinander in Einklang zu bringen. Nicht ohne Grund hat Willy Brandt vom „blauen Himmel über der Ruhr“ gesprochen.

Und schon lange bevor die Begriffe „Globalisierung“ und „Europäisierung“ in Mode kamen, wussten die Menschen in der Montanindustrie, was europäischer und was globaler Wettbewerb bedeutet. Die Montan-Mitbestimmung konnte, sie kann und sie will übrigens auch nicht die Gesetze des Marktes außer Kraft setzen. Aber mit der Montan-Mitbestimmung wurde in dieser Marktwirtschaft ein sozialer Pfeiler eingesetzt, dessen Stabilität eine unschätzbare Stütze für unsere Gesellschaft wurde. Im Bergbau verhindern die Streben, dass der Flöz zusammenbricht. Und die Stahlarbeiter wissen um die Bedeutung zum Beispiel eines Stahlträgers, wenn ein Gebäude stabil bleiben soll. Genauso hat dieser Pfeiler, genauso hat die paritätische Mitbestimmung in allen Turbulenzen und Krisen der vergangenen Jahrzehnte Bergbau und Stahl zusammengehalten.

Mit der Montan-Mitbestimmung üben die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, ihre Betriebsräte und ihre Gewerkschaften Macht aus. Wir können etwas bewegen, und wir können vor allem etwas mitgestalten.

Ich habe eingangs Hans Böckler zitiert, dessen Politik, dessen Standhaftigkeit und dessen Durchsetzungsfähigkeit ganz entscheidend zu den politischen Ergebnissen 1951 beigetragen haben.

Sein Vermächtnis lautet: Die Wirtschaft muss demokratisch mitbestimmt werden, sonst bleibt die politische Demokratie Stückwerk.

Mit dieser Lehre, mit dieser Einsicht stand er nicht allein. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der CDU-Politiker und Gewerkschafter Karl Arnold, sagte in seiner Regierungserklärung vom 17. Juni 1947: „Die Neuordnung der Wirtschaft soll erfolgen aus dem Geist der Verpflichtung des einzelnen gegenüber dem Ganzen. Durch eine maßgebliche Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebs- und Wirtschaftsführung soll die soziale Gleichberechtigung hergestellt, der Mensch ganz allgemein wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt und der Arbeit wieder ein tiefer Sinn und eine höhere Würde verliehen werden.“

Noch deutlicher ist der bedeutendste Vertreter der katholischen Soziallehre des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland geworden. Oswald von Neli-Breuning schrieb 1968: „Stünde zur Wahl, die Unternehmensleitung in die Hand entweder der Arbeit oder des Eigentums zu legen, so wäre zweifellos die erstere Lösung vorzuziehen; nach unserer heutigen Einsicht und unter den heute bestehenden Bedingungen scheint jedoch eine Regelung, bei der Arbeit und Eigentum gemeinsam im Sinne echter wirtschaftlicher Mitbestimmung die Unternehmensleitung bestellen und mit Vollmacht ausstatten, den Vorzug zu verdienen.“

Warum, so fragt man sich angesichts solcher Erkenntnisse und Ergebnisse, hat das Thema Mitbestimmung in der Bundesrepublik immer wieder zu den heftigsten Auseinandersetzungen geführt? Warum haben die Unternehmer, fast muss man sagen, mit schöner Regelmäßigkeit den Zusammenbruch der Wirtschaft und den Untergang des Abendlandes an die Wand gemalt? Wir stehen aktuell wieder in einer vergleichbaren Situation.

Wenn wir heute wieder um die Mitbestimmung streiten, wenn heute wieder heftig um die Betriebsverfassung gerungen wird, so geht es auch um Detailfragen. Der Grund des Streites ist aber ein anderer: Will die Wirtschaft heute noch die Mitbestimmung? Sind die Arbeitgeber bereit, an diesem Grundkonsens, der den sozialen Frieden erhalten und auch der Wirtschaft Stabilität verliehen hat, festzuhalten?

In dieser Auseinandersetzung beziehen wir Gewerkschaften eine klare Position und zeigen auch weiterhin unmissverständlich Flagge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Hans Böckler, Karl Arnold und Oswald von Neil-Breuning als Zeugen für die Mitbestimmungsidee aufgerufen. Ich nutze die Gelegenheit, daran zu erinnern, dass der Aufsichtsratsvorsitzende der Klöckner-Werke, Dr. Jarres, im Januar 1947 anbot, dass bei der Neuordnung der Eisen schaffenden Industrie „die praktische Gleichstellung, das heißt Gleichberechtigung, aber auch Gleichverantwortung von „Kapital und Arbeit“, verwirklicht werden sollte.“ Fast gleichzeitig erklärte der Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte, Reusch, „aufrichtige Bereitwilligkeit, den Belegschaften und den Gewerkschaften volle Mitbestimmungsrechte einzuräumen.“ Erstimmte „einer Beteiligung auch der Arbeitnehmerschaft an der Planung und Lenkung sowie an den Aufsichtsorganen für die großen Erwerbsgesellschaften der Eisen- und Stahlindustrie voll und ganz zu.“

Sicher: Die Äußerungen von Jarres und Reusch waren ganz dem historischen Moment geschuldet und somit hoch opportunistisch. Sie waren nicht der Beginn einer Versöhnung mit dem Konzept von Mitbestimmung oder wenigstens eine Annäherung.

Reinhard Mohn war mit seinem Beteiligungsmodell lange ein häufig belächelter Außen-seiter. Ich will ihn nicht für die gewerkschaftliche Mitbestimmung vereinnahmen - die zuständige Gewerkschaft hat sich oft und intensiv mit ihm gestritten. Aber was kann ein erfolgsorientierter, moderner und effizienter Unternehmer eigentlich gegen folgende Fest-stellung Reinhard Mohns vorbringen: „Es ist damit zu rechnen, dass in einer hierarchisch verfassten Organisation die erwünschte Wirkung schwieriger zu erzielen sein wird als in einem Wirtschaftsunternehmen, das sich daran gewöhnt hat, den Rat seiner Mitarbeiter anzuhören und ihnen Verantwortung zu übertragen.“ Und weiter Reinhard Mohn im Jahre 2000: „In Deutschland haben wir erlebt, dass die Gesetze zur Mitbestimmung und zum betrieblichen Vorschlagswesen zu einer kreativen Aktivierung der Basis und des Mittelfeldes geführt haben - mit beachtlichen Beiträgen für die Methodenentwicklung.“

Und vor wenigen Tagen hat Peter Hartz vom Vorstand des VW-Konzerns gesagt, dort sei „Mitbestimmung ein Teil der Unternehmenskultur“ und ein „Erfolgsmodell“. So erhalte und schaffe sie Arbeitsplätze und sichere die Wettbewerbs orientierte Beschäftigungsfähigkeit der gesamten Belegschaft.

Solche objektiven Befunde, solche klaren Bekenntnisse zum „Standortvorteil Mitbestimmung“ erwarte ich mir häufiger von den deutschen Unternehmen. Und ich rate ihnen, gemeinsam mit den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, zusammen mit Betriebs-räten und Gewerkschaften, Idee und Praxis der Mitbestimmung schöpferisch weiterzuentwickeln, die Spiel-, aber auch die Gestaltungsräume des Gesetzes zu nutzen und damit neue Ideen und auch neuimpulse einzubringen. Dann können wir auch noch mehr Überzeugungskraft erreichen, um die Mitbestimmung zu einem europäischen Angebot, zu einer europäischen

Einrichtung zu machen. Der Zusammenhang mit Europa ist der Mitbestimmung sozusagen schon in die Wiege gelegt worden. Wir alle gemeinsam sollten dies nutzen.

Europäisierung und Globalisierung werden von der Ökonomie geprägt, von Konzentration, von Geldflüssen und von Aktienkursen. Arbeitnehmerrechte - Mitsprache, Mitbestimmung-, sie hinken leider noch immer hinterher, weil sie nicht so körperlos, so fließend, so bindungslos sind.

Wir können die Mitbestimmung als ein Modell für Europa anbieten, ohne jede Überheblichkeit und Besserwisserei. Sie hat das Zeug dazu, wie seit 1951 in der Bundesrepublik so auch in Europa ein Erfolgsrezept zu werden.

Mitbestimmung, sehr geehrter Herr Bundespräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Mitbestimmung bewegt die Menschen, sie bewegt den Streit der Meinungen, und sie hat viel in Bewegung gesetzt. Wir sind stolz darauf, was wir mit ihr in den Unternehmen, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft gestalten konnten. Und wir hoffen-und ich füge hinzu, wir freuen uns darauf-, zusammen mit möglichst vielen dieses auch in Zukunft weiter tun zu können.

Ein herzliches Glückauf!